

12. März 2010

## Pressemeldung

### **„Das Menschenrecht aller behinderter hessischer Schüler/-innen auf inklusiven Unterricht“**

#### **Veränderungen im Schulsystem – „Sack Zement, packen wir's an!“**

Unter dem Thema **„Die UN-Behindertenkonvention – Welche Veränderungen sind im hessischen Schulsystem erforderlich?“** fand am Donnerstag, 11.03.2010 in den Räumen des Instituts für Qualitätsentwicklung in Wiesbaden eine Fachtagung des Landeselternbeirats von Hessen statt.

Unter der sachkundigen Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden, Heike Bickel, diskutierten Fachleute aus dem Kultusministerium, Lehrer- und Behindertenverbänden, Gewerkschaften, Juristen, der Landesschulsprecher, Schulleitungen, Elternvertreter und Wissenschaftler.

Prominenteste Teilnehmer an diesem Abend waren sicherlich Prof. Dr. Dieter Katzenbach von der Goethe-Universität Frankfurt/Main, Fachbereich Erziehungswissenschaften, sowie Rupert von Plotnitz, ehemaliger Justizminister des Landes Hessen.

Besonders gefreut haben sich die Veranstalter, dass das Kultusministerium mit Ministerialrat Daniel Bognar (Leiter des Referats sonderpädagogische Förderung) einen versierten Fachmann entsandt hatte, der Rede und Antwort stand.

Prof. Katzenbach brachte es auf den Punkt: Um dieses Menschenrecht umzusetzen, muss die ganze Schule inklusiv werden, Inklusion kommt allen Schülern zu Gute. In Deutschland wird für jeden Schüler die passende Schule gesucht. Besser ist es doch zu überlegen, wie kann man Schule so verändern, dass sie sich allen Schülern anpassen kann und diese optimal fördert. Lehrer müssen mit einer pädagogischen Grundorientierung ausgebildet werden, die Sie befähigt, mit unterschiedlichen Kindern umzugehen. Dann haben die Lehrkräfte die Möglichkeit, differenziert Fachkräfte anzusprechen, die sie bei Ihrer Arbeit unterstützen. Zuerst muss eine Zielperspektive entwickelt werden, dann muss gefragt werden, wie kommt man dahin. Sein Fazit: „Sack Zement, packen wir's an!“

Frau Hausmanns von der Landesarbeitsgemeinschaft gemeinsam leben - gemeinsam lernen sowie Frau Zehner, Schulleiterin einer Grundschule in Mühlheim, die inklusiven Unterricht erprobt, betonten, wie wichtig es ist, dass Lehrer Team-Teaching beherrschen und eine Einstellungsänderung im Bewusstsein dahingehend erfolgt, jedes Kind so anzunehmen wie es ist. Seine Stärken zu fördern und es dabei zu unterstützen mit seinem Handycap leben zu lernen.

In Hessen waren im Schuljahr 2008/2009 insgesamt 26.427 Schüler Förderschulen zugeordnet. Davon besuchten ca. 88 % der Schüler eine Förderschule, nur ca. 12 % werden in einer Regelschule integrativ beschult. In anderen Ländern, wie Schweden und Finnland, stellen sich diese Zahlen anders dar. 80 % der Schüler besuchen eine Regelschule.

Jedes Jahr stehen hunderte von Eltern vor den Türen der Regelschule und werden dort abgewiesen, weil die personellen, sächlichen oder finanziellen Mittel nicht vorhanden sind. Frau Hausmanns stellten sich daher konkret zwei Fragen: 1. Was können wir tun, damit sich der Prozess hin zur inklusiven Schulbildung beschleunigt? Und 2. Was tun wir mit den Kindern, die nächstes Schuljahr wieder vor den Türen der Regelschule stehen?

Eine wichtige Botschaft wurde an diesem Abend vermittelt: Inklusion ist keine „Wunschvorstellung“ von Eltern, Schülern und Betroffenen – es ist geltendes Menschenrecht in Hessen und Deutschland!

Rupert von Plottnitz betonte: Der UN-Behindertenkonvention hat auch das Land Hessen im Bundesrat zugestimmt. Im Übrigen gilt der Grundsatz der Bundestreue, dem die Länder bereits im Lindauer Abkommen am 14.11.1957 zugestimmt haben. Es handelt sich bei dieser Konvention um Menschenrechte, über die man nicht beliebig entscheiden kann, ob man sie umsetzt oder nicht. Sondern wir müssen Lehrer so ausbilden, dass alle Schüler inklusiv unterrichtet werden können. Es muss zum Regelfall werden, dass Behinderte die Regelschule besuchen und nur in Ausnahmefällen die Förderschule.

Zahlreiche Redebeiträge der Fachtagung und ausgiebige Diskussionen führten zu der Erkenntnis, dass sich dringend die Rahmenbedingungen ändern müssen, die „UN-Konvention“ zügig umgesetzt werden muss und somit die Menschenrechte aller berücksichtigt werden.



Vorsitzende des  
Landeselternbeirats von Hessen